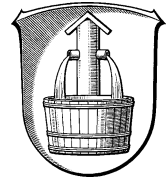


# STADT STEINBACH (TAUNUS)

## DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG



### Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

|                     |                           |
|---------------------|---------------------------|
| Drucksache-Nr.      | STVV-64/2017/XVIII        |
| federführendes Amt: | 10 Haupt- und Personalamt |
| Sachbearbeiter:     | Herr Schwengler           |
| Datum:              | 30.01.2017                |

| Beratungsfolge              | Termin     | Bemerkungen |
|-----------------------------|------------|-------------|
| Stadtverordnetenversammlung | 13.02.2017 |             |

### **Betreff:**

**Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.01.2017:  
Einberufung Ältestenausschuss**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung ruft den Ältestenausschuß ein, um die Vorfälle in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2016 zu klären.

### **Begründung:**

In der o.g. Stavo wurde die Grundsätze der geforderten Neutralität im Amt in mehreren Fällen nicht gewahrt.

Unter TO 7 hat der SPD Abgeordnete Jürgen Gallinski sinngemäß folgendes gesagt:  
„Jetzt muss ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des HFA sprechen.“

Hier sollte ggfs. das Tonprotokoll Klarheit über den genauen Wortlaut geben.

In der Folge wurde das Abstimmverhalten der CDU im HFA gerügt bzw. in Frage gestellt.

Gerade in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des HFA ist Herr Gallinski aber zu Neutralität verpflichtet, dies wurde hier in keinster Weise berücksichtigt.

Unter TO 8 wurde der 2. Wortmeldung von Herrn Holger Heil durch den Stadtverordnetenvorsteher Manfred Gönsch nicht statt gegeben. Dieses Recht steht dem Fraktionsvorsitzenden aber zu. Auch hier sehen wir eine deutliche Verletzung des Gebotes der Neutralität.

Auch beim Redebeitrag von Dr. Albrecht hat der Stadtverordnetenvorsteher die gebotenen Neutralität verletzt: nach etwa zwei Minuten unterbrach er Dr. Albrecht wiederholt, obwohl dieser gerade dabei war seine Argumentation beispielhaft aufzubauen, warumes unverständlich sei, dass die SPD einer Umbenennung in „freier Platz“ zustimmen wolle. Dadurch entsteht der Eindruck, dass dies parteipolitisch motiviert war, da in diesem Redebeitrag die SPD kritisiert wurde. Insbesondere auch deshalb, weil der vorrausgehende ausführliche Redebeitrag von Kai Hilbig zum selben Thema nicht beanstandet wurde, hingegen Dr. Albrecht eine Rüge angedroht wurde.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Heil

i.V. Sabine Schwarz-Odewald